

Regierung bricht Versprechen und verspielt Attraktivität der Lehramtsstudiengänge

Die Entscheidung ist gefallen: Alle Studierenden für Lehramt Grund- und Mittelschule müssen nach Leipzig. Maria Oertel, Lehramtsstudentin an der Technischen Universität Dresden (TUD) und Aktivistin der Initiative Grundschulmaster, stellt fest: „In einem persönlichen Gespräch mit Ministerin von Schorlemer wurde uns zugesichert, dass sie sich bis Ende Februar äußern würde, wie die Pläne der Regierung aussehen. Dies ist bis heute nicht geschehen.“

Die Studierenden, die sich für die Grund- und Mittelschulmaster einschreiben wollen, wissen seit Monaten nicht, wie es ab Herbst weitergehen wird. Einige müssten aus der gemeinsamen Wohnung mit dem Partner ausziehen. Andere halten dem Druck nicht stand und werden sich nun für den sicheren Master Gymnasium an der TU Dresden bewerben. Angesichts des künftigen Lehrerbedarfs im Grund- und Mittelschulbereich eine verspielte Chance seitens der Regierung.

Susanne Giering, ebenfalls Lehramtsstudentin der TUD, moniert: „Man erfährt von aktuellen Entscheidungen nur über Buschfunk innerhalb der Universität und durch die Presse. Wir fordern eine klare Aussage von der Regierung.“

Die Entscheidung, dass der Grundschulmaster in Dresden nicht angeboten wird, hätte für Giering verheerende Folgen: Sie wohnt mit ihrem Partner zusammen, der einen festen Job in Dresden hat. Ihre beiden Töchter gehen bereits in die Schule. Damit wäre Umzug nach Leipzig unmöglich. Neben den hohen Kosten für das Pendeln entstünden für sie zusätzliche Einbußen, da sich Giering derzeit nur über einen Nebenjob finanziert.

Auch rechtlich ist die Schließung Dresdens als Ausbildungsstandort für Grund- und MittelschullehrerInnen ungeklärt. Es wird oft auf die Hochschulvereinbarung von 2003 verwiesen. Sie besagt, dass die LehrerInnenausbildung für die beiden

Studentenrat der TU Dresden, Helmholtzstr. 10, 01069 Dresden

Schularten grundsätzlich in Leipzig zu konzentrieren sei. Dies schließt Dresden damit nicht aus.

Oertel stellt außerdem fest: „Die Entscheidung verletzt einen Vertrag der Regierung mit der Katholischen Kirche, nach dem die Lehramtsstudiengänge für Katholische Religion in Dresden zu erhalten seien. Dies ist auch im neuen Hochschulgesetz von 2009 abgebildet. Daher schließen wir rechtliche Schritte nicht aus.“

Mithilfe von über 7400 Unterschriften verleiht die Initiative Grundschulmaster ihrer Forderung zur Einrichtung des Grundschulmasters in Dresden Nachdruck.

Burkhard Naumann, stellvertretender Sprecher der Studentenvertretung am Zentrum für Lehrerbildung der TUD: „Am 15. März findet um 14 Uhr im Landtag eine öffentliche Anhörung des Schulausschusses zur Zukunft der LehrerInnen statt. Uns wurde bereits zahlreiches Kommen von Studierenden, Eltern und LehrerInnen zugesichert. Denn die Zukunft der LehrerInnen betrifft alle BürgerInnen.“

Auch die Universitäten dürfen sich in dieser Frage nicht aus der Verantwortung ziehen. Sie sollten alles versuchen, um die nötige Attraktivität der Lehramtsstudiengänge herzustellen, auch wenn die Regierung diesbezüglich klare Fehlentscheidungen trifft. Schließlich genießen die Hochschulen in Sachsen aufgrund des Hochschulgesetzes eine gewisse Autonomie in der Ausgestaltung ihrer Studiengänge.

Weitere Informationen unter www.studentenvertretung.de.vu

Susanne Giering:
0351 – 374 17 98
s.giering@atelier-fuerschmuckgestaltung.de

Burkhard Naumann:
0174 – 186 54 77
burkhard.naumann@mailbox.tu-dresden.de